

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

12.8.1932 (No. 187)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkassens
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen ermäßigter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beilegung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interzent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Freiwilliger Arbeitsdienst Heimatwerk Baden E. V.

Von Wilhelm Merkel, Vorsitzender des Heimatwerks Baden E. V.

Die in weiten Kreisen unseres Volkes vorhanden gewesene innere Ablehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes schwindet mehr und mehr. Allenfalls hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß das Massenelend der Arbeitslosigkeit zwar nur Schritt für Schritt eingedämmt und nur sehr langsam die schlimmsten Auswirkungen beseitigt werden können. Eine sehr beachtliche Stellung in der Bekämpfung aller durch die Arbeitslosigkeit entstehenden Schäden kommt dem freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) zu.

Seine gesetzliche Fundierung bringt die 2. Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931. Durch sie hat die Arbeitslosenversicherung die Aufgabe, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern.

Der F.A.D. soll zugunsten des ganzen Volkes produktive Arbeit leisten, die sonst aus Mangel an Staats- und Privatmitteln auch nicht als Notstandsarbeit durchgeführt werden könnte. Er kann also nur zusätzliche Arbeit leisten, um damit dem schädigenden Einfluß der Arbeitslosigkeit auf Körper und Geist, insbesondere auch bei der Jugend, entgegenzuwirken. Er will in seinen Lagern Angehörige der verschiedenen Volksguppen einander näher bringen. Während der Freizeit soll in Form von Arbeitsgemeinschaften oder Gegenwartsfragen Aufklärung geschaffen werden. Geselligkeit, Sport und andere Gemeinschaftsarbeit werden Bindeglied und Brücke werden. Arbeit in und an der Gemeinschaft vermehren die Erkenntnis der Notwendigkeit der vollstündigen und staatlichen Zusammenarbeit.

Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern Hessen und Württemberg hat unser Land Baden bisher im F.A.D. noch eine ziemlich zurückhaltende geübt. Nur vereinzelt wurde von der Durchführung geschlossener oder offener Lager Gebrauch gemacht.

Namentlich die Sport- und Turnvereine waren es, die sich sehr rasch der gebotenen Möglichkeiten bedienten, um zum Teil sehr schöne, in jedem Falle aber sehr notwendigen Spielplatzanlagen zu errichten. Diese Art des Arbeitsdienstes soll und kann natürlich nicht das A und O — der Weisheit letzter Schluß sein.

Ebenso wie die Arbeiten z. B. der Caritasverbände oder der evangelischen Landeswohlfahrt auf diesem Gebiete auch nach der Meinung der Hauptbeteiligten nicht einen schon erreichbaren Schlussstein abgeben sollen.

Mit dem F.A.D. muß erreicht werden, daß u. a. auch der Sieblungsbedarf endlich einmal seiner Lösung näher gebracht wird. Darüber hinaus sind Meliorationen, Entwässerungsarbeiten, Bach- und Flußverbesserungen, Straßen- und Wegebau möglich. Das gütliche Baugewerbe sowie alle anderen einschlägigen Gewerbe werden unter Umständen mit ihren großen Erfahrungen mit von der Partie sein müssen, weil Arbeitsdienst und fachgerechtes Arbeiten tunlichst eine Einheit bilden müssen, wenn nicht ganz große Rückschläge und Enttäuschungen kommen sollen. Für diese Fälle müssen allerdings Bindungen geschaffen werden, die den F.A.D. nicht zur leichten Erwerbsmöglichkeit werden lassen.

Die Durchführung des F.A.D. ergibt einen Träger der Arbeit und einen Träger des Dienstes. Ersterer ist der Rechtsträger für die wirtschaftliche und finanzielle Seite. Der Träger des Dienstes ist der Rechtsträger für die Zusammenfassung und Betreuung der Arbeitswilligen. Über die Beziehungen dieser beiden Träger untereinander werden zweckmäßig sehr klare, alle Zuständigkeiten regelnde Abkommen zu treffen sein, die in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben können.

Als Träger der Arbeit kommen in erster Linie in Frage: staatliche, Kreis-, Stadt- und Gemeindebehörden, Kirchen, Gemeinden, Landgesellschaften, Landesjugendgenossenschaften, Wohlfahrts- und andere Verbände.

Als Träger des Dienstes die verschiedenen Jugendpflegeverbände, Kulturgenossenschaften, Gewerkschaften, Kameradschaftsverbände u. v. m.

Wenn ich eingangs darauf hingewiesen habe, daß Baden gegenüber seinen Nachbarn noch etwas im Rückstand ist, so ist dieser zweifellos mit darauf zurückzuführen, daß eine zentrale Stelle, die all den vielen Wünschen um Aufklärung und Unterstützung gerecht werden konnte.

Im neugegründeten „Heimatwerk Baden E. V.“ ist nun diese zentrale geschaffen. Die als Träger des Dienstes in Frage kommenden Verbände, Vereine und Gemeinschaften sind die Gründer und Träger des „Heimatwerks Baden E. V.“

Unter völliger Wahrung ihrer Eigenart haben sie im Heimatwerk die Stelle geschaffen, die dem F.A.D. zum Aufstieg verhelfen wird.

Dem Heimatwerk wird in den Fällen, in denen es als Träger des Dienstes in Erscheinung tritt, es ein leichtes sein, die Zusammenfassung der Teilnehmerchaft so vorzunehmen, daß auch der wirtschaftliche Moment Berücksichtigung findet.

Darüber hinaus besteht die Aufgabe des Heimatwerks Baden vor allen Dingen auch darin, daß es den hoffentlich auch rein zahlenmäßig großen Bedarf an Lagerleitern, den wohl mit an wichtigsten Persönlichkeiten im ganzen F.A.D. gewinnt und heranbildet. Außerdem wird die kulturelle Betreuung der Lager Teilnehmer vielfach mit die Aufgabe des S.V. sein müssen.

An der Beschaffung von Arbeitsgerät, Bekleidung und Unterkunft wird das Heimatwerk nach kaufmännischen Grundsätzen vermittelnd zu beteiligen haben, um seiner Aufgabe der Förderung des F.A.D. auch in dieser Beziehung gerecht zu werden.

Letzte Nachrichten

Pause in den Regierungsverhandlungen

Noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers
CMB, Berlin, 12. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist bis heute vormittag noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten festgesetzt worden. In politischen Kreisen verlautet, daß Hitler noch nicht in Berlin ist und kaum heute in Berlin eintreffen dürfte. Es wird als möglich bezeichnet, daß der Empfang am morgigen Samstag vor sich geht. Aber auch das ist keineswegs sicher.

Es ist schwer zu sagen, ob die Verzögerung in irgendeinem Zusammenhang mit dem überraschenden Vorstoß steht, den das Zentrum in der Frage der preussischen Regierungsbildung gestern unternommen hat. Besteht dieser Zusammenhang, so wäre es sogar denkbar, daß die Besprechung zwischen dem Kanzler und Hitler bis in die nächste Woche hinein verschoben wird, weil man dann übersehen kann, was bei der Fühlungnahme zwischen dem Zentrum, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen herausgekommen sein wird. In parlamentarischen Kreisen beurteilt man die Aussicht des Zentrumschrittes recht skeptisch.

Die Überraschung einer Einigung in der preussischen Frage ist möglich; sie würde den Versuch einer Mehrheitsbildung im Reich zur Folge haben. Sollten diese Vermutungen dagegen scheitern, so wäre die Feststellung der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung bereits vorher genommen. Aus dem Empfang Hitlers würde sich dann die letzte Klärung ergeben müssen.

Die Haltung des Zentrums

Über die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern des Zentrums, dem stellvertret. Vorsitzenden, Abg. Zoss, Köln, und dem Staatspräsidenten Doll, Stuttgart, am Donnerstag, veröffentlicht die „Germania“ eine Mitteilung, in der es heißt:

Die Zentrumsgesandten knüpften an die Forderungen an, die feinerzeit unmittelbar nach der Demission des Kabinetts Brüning der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hat: Die sog. Totallösung, d. h. die vollverantwortliche Einziehung der damaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergeben sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz der Ergebnisse der letzten Reichstagswahl ganz von selbst. Das Zentrum müsse absolute Verantwortungsmöglichkeiten verlangen. Dazu gehöre namentlich die offene und volle Mitverantwortung der NSDAP. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Innehaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die lokale Zusammenarbeit mit der Volksoberleitung wollen und pflegen müsse. Alle anderen führen notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien. In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere preussische Regierung ergriffenen Maßnahmen der Reichsregierung und sie müsse es ablehnen, für die Folgen auch nur nachträglich die Verantwortung zu übernehmen. Allein aus dieser Betrachtung ergebe sich bereits die Unmöglichkeit einer weiteren Existenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm die Grundlagen und Voraussetzungen zu einer vertrauensvollen gesicherten und erfolgversprechenden Arbeit durchaus fehlten. Die Zentrumspartei werde sich politisch verhalten zu jeder Lösung, die unter Ausschluß jeder Parteibildung dem gemeinsamen Grundgedanken der klaren Verantwortung und der verfassungsmäßigen Wege entspricht.

Die „D. Allg. Ztg.“ sagt, daß die Forderung des Zentrums eine Rückwärtsveränderung zum Dualismus zwischen Reich und Preußen sei. Der „Tag“ schreibt unter der Überschrift „Staatsautorität!“: Das Kabinett Papen sei mit dem Anspruch aufgetreten, unabhängig vom Parlament das Bedürfnis der Staatsautorität zu vertreten. Wenn er diese Grundlage jetzt fallen lasse, so sei die Staatsautorität abgemauert getroffen, d. h. es vollziehe sich eine Revolution.

Zur Revisionsbegründung im Calmette-Prozess

Eine Erklärung der Staatsanwaltschaft

CMB, Lübeck, 12. Aug. (Priv.-Tel.) Zu der bereits gemeldeten Presseveröffentlichung über die Revisionsbegründung Dr. Hoffmanns im Calmette-Prozess teilt die Justizpressestelle in Lübeck u. a. mit:

Die an dem Strafprozeß gegen Professor Dendge beteiligten beamteten Juristen haben keinerlei Anzeichen einer gefügigen Erklärung des Amtsgerichtsrates Wibel bemerkt. Nach reiflichem Urteil ist Amtsgerichtsrat Wibel lediglich infolge der mit der Leitung des Calmette-Prozesses verbundenen Amtsüberlastung erkrankt. Er wird voraussichtlich nach den Gerichtsferien seinen Dienst wieder antreten.

werden. Die Möglichkeiten und Voraussetzungen, vielen tausenden von Erwerbslosen Gelegenheit zur Betätigung und damit zur Wiedererlangung des Glaubens an die eigene Wertigkeit zu geben, sind vorhanden. Trage jeder zur Durchführung dieser wahrhaft nationalen und sozialen Tat sein Teil, dem Ganzen zum Heil.

Wirtschaftliche Umschau

Krisenwende in der Welt? — Die Finanzierung der Hausreparaturen

Man wird sich davor hüten müssen, die optimistischen Stimmungen, die im Ausland bereits von einer Wende der Weltwirtschaftskrise sprechen, die sich nun zeigen zu überschätzen. Man muß mancherlei Bedenken haben: in Amerika, wo die Präsidentschaftswahlen bevorstehen, versucht die Regierung auch deshalb mit den Mitteln einer allerdings sehr vorsichtigen Kreditausweitung und Vermehrung des Notenumlaufs die Stimmung für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Hoover zu verbessern. Der Aktion des amerikanischen Schatzsekretärs Mills, die gestützt auf die ungeheuren Kapitalreserven des Landes und unter Ablehnung weitergehender Pläne erfolgte, liegen somit auch politische Tendenzen zugrunde, wenn es für sie natürlich sich selbstverständlich ebenso um die Ankurbelung des Wirtschaftslebens überhaupt handeln muß, zumal die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten so gewachsen ist, daß man die Gesamtzahl der außer Verdienst befindlichen jetzt auf 12 Millionen schätzt. Dadurch, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen sehr vielen amerikanischen Banken nun eine Unabhängigkeit in der Krediterschöpfung gegeben wurde, ist zwar noch nicht eine Belebung der industriellen Produktion herbeigeführt worden, dafür aber ist auf den Börsen eine Panne eingetreten, welche die Werte vieler Wertpapiere zum Teil um über die Hälfte, ja auf das Doppelte gesteigert hat. Dazu macht die Regierung, die ja darin ausgezeichnete Übung hat, in Zweckoptimismus, und man sieht nun trotz der enormen Arbeitslosigkeit und trotz der handelspolitischen Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt, mit denen man weiter rechnen muß, die Situation so rosig an, daß diese Stimmung auch schon auf England und das britische Reich übergegriffen hat, wo man es ja gleichfalls notwendig hat, die Zeichen der nun zwangsmäßig in ihrem Zins konvertierten Kriegsanleihen in gleicher Stimmung zu erhalten. Gleiche Absichten bestehen zudem übrigens in Frankreich. Dazu kommt, daß auf den Rohstoffmärkten bei Getreide und Baumwolle international eine gewisse Befestigung eingetreten ist und man außerdem das Ergebnis von Lausanne dahin beurteilt, daß es trotz der noch weiter notwendigen Verhandlungen über die internationalen Schulden doch sicher das Ende der politischen Verschuldung der Welt einleiten wird.

Es fragt sich nun, was Deutschland aus diesen Stimmungen, Erscheinungen und der möglichen Entwicklung der Weltwirtschaftslage zu erwarten hat. Mag auch im Ausland der sichtlich im Gang befindliche Generalangriff auf die Krise mit weiteren Erfolgen fortgehen, so werden wir die Wirkungen auf keinen Fall sogleich, sondern erst sehr allmählich merken. Das ist auch die Ansicht des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, das in seinem letzten Bericht zunächst auf die vorerst im wesentlichen unveränderte Stagnation der deutschen Wirtschaft hinweist, und auch darauf, daß gerade in jüngster Zeit in Deutschland die depressiven Tendenzen sogar wieder stärker hervortraten. Das ergibt sich aus der sprunghaften Abnahme der deutschen Ausfuhr seit vorigem Herbst, der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der verringerten Ausnutzung der industriellen Anlagen, in der nur Sonderfälle nach der anderen Seite hin zu verzeichnen waren, die zweifellos außerkonjunktureller Natur (wie die Auftragsaufträge) seien. Dazu gehe eine Besserung der Weltwirtschaftskonjunktur voraussichtlich von den Überseestaaten aus, während sich Deutschlands Exportbasis zum überwiegenden Teil in Europa befindet.

Die Befestigungen an den Warenmärkten bei den Preisen von Agrarprodukten und Textilrohstoffen sind zweifellos für die Weltwirtschaft ein Gewinn, für Deutschland aber können daraus zunächst Erschwerungen erwachsen. Innerwirtschaftlich leiden wir auch in Deutschland an der fortgesetzten Schrumpfung der Einkommen, und wenn die deutsche Industrie und der Handel sich nun bemühen wollten, angesichts der Befestigung der Weltmarktpreise zu größeren Entdeckungen zu schreiten, so ist hier die knappe Devisendecke der Reichsbank ein Hemmnis. Die deutsche Wirtschaft wird sich auch noch während der kommenden Monate deshalb genötigt sehen, ihrer Abhängigkeit zu begegnen, so daß ein Anziehen der Warenpreise im Innern kaum zu erwarten steht. Vor allem müßten die

Kreditmärkte in Ordnung kommen und der Unternehmertätigkeit wieder einen größeren Spielraum geben. Würde die von den angelsächsischen Ländern ausgehende Kapitalumlagerung vom Geldmarkt auf die Kapitalmärkte sich aber fortsetzen, so würde das auch auf Deutschland schließlich fördernde Rückwirkungen zeigen und wir stünden dann doch am Anfang einer Entwicklung, in deren Verlauf das internationale Kapitalzinsniveau rasch sinken würde. Mit diesen doch hoffnungsvollen Worten schließt der erwähnte Bericht des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung.

Hausbesitz und Handwerk sind bemüht, durch Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine Neugestaltung des von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Bürgschaftskredits von 100 Millionen Reichsmark für Reparaturaufträge an Häusern die damit geplante, immerhin recht wirksame Arbeitsbeschaffung nun in die Wege zu leiten. Zunächst wird ja allerdings nicht die ganze Summe flüssig werden, da man vorläufig nur mit 40 bis 50 Millionen für diese Zwecke rechnet. Die ersten Vorschläge der Reichsregierung, durch Wechselkredite unter Bürgschaft des Reichs dem Hausbesitz zu helfen, wurden in dieser Form abgelehnt, da der Hausbesitz erklärte, die Gewähr für die Rückzahlung dieser Wechsel auch binnen 2 Jahren gegenwärtig nicht bieten zu können. Er schlägt nun einen grundsätzlich anderen Weg der Finanzierung der Wechsel und der Rückzahlung vor, indem ein Abbau der auf dem Haus- und Grundbesitz liegenden Gesamtsteuerlast (Landes- und Gemeindesteuern) in Höhe von 10 bis 15 Prozent verlangt wird, um die dadurch frei werdenden Mittel für die Rückzahlung der Kredite zu verwenden. Natürlich würde die Steuerentlastung nur solchen Hauseigentümern gewährt werden können, die auf Grund des Reichskredits Instandsetzungsarbeiten vornehmen. Es handelt sich hier um ähnliche Erleichterungen, wie sie schon bei den Hauszinssteuern für Reparaturausgaben gewährt wurden, und man sagt deshalb, daß Ähnliches auch bei den Realsteuern möglich sei. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat auf der eben in Hamburg abgehaltenen Tagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine diesen Vorschlag zugestimmt und durch seinen Vertreter erklären lassen, daß das deutsche Handwerk durch schärfste Restriktion der Preise zum Gelingen dieser Pläne beitragen wolle. Dabei wurde allerdings die Bedingung gestellt, daß der Schwarzarbeit ein Riegel vorgeschoben werde. *

Rückgang der politischen Ausschreitungen Verfolgung der Straftaten

Die von der Rotterordnung angeordneten strengen Strafen zeigen sichtliche Wirkung. Die Meldungen über politische Terrorakte verringern sich.

Die polizeilichen Ermittlungen haben in der Nordsee Richtung bei **Rotemp, Landkreis Gleiwitz (Oberschlesien)**, zur Verhaftung von zehn SS- und SA-Leuten geführt, die als Überführer gelten. Die Tat stellt sich nach den bisherigen Ermittlungen als Mord dar. Wie weiter ermittelt wurde, verübte die Gruppe noch weitere Überfälle auf politische Gegner, die jedoch mißlungen.

Der Nationalsozialist **Berner**, der den Reichsbannerangehörigen **Schlenhoff** in **Buer (Westfalen)** erschossen hat, ist am Dienstagabend aus dem Marienhospital in **Buer** entlassen.

Der Redakteur **Salge** vom sozialdemokratischen „**Carzer Echo**“ in **Blankenburg** wurde auf Grund der Rotterordnung vom 14. Juni 1932 zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde, ebenso wie der Arbeiter **Paul Schenk**, beschuldigt, aufreizende Reden gehalten und dadurch die Unruhen in **Hasselfelde (Harz)** in der Nacht vor der Reichstagswahl verschuldet zu haben. Redakteur **Salge** wurde vorgeworfen, im Anschluß an eine Erwerbslosendemonstration in **Hasselfelde** die Arbeiter aufgefordert zu haben, sich mit Sensen, Dreschlegeln usw. gegen die Nationalsozialisten zu bewaffnen. Der Arbeiter **Schenk** erhielt fünf Monate Gefängnis.

Drei Kommunisten drangen am Donnerstagabend im **Norden** in die Wohnung eines Nationalsozialisten und trachteten ihm eine Kopfwunde bei.

In **Guben** wurden in den letzten Nächten Fensterscheiben in einem Konfektionshause und in Konsumfilialen eingeschlagen. Jetzt konnte ein der NSDAP. angehörender Mann als Täter verhaftet werden.

Auf die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP. in **Pölkwitz**, bei **Glogau**, wurden heute nacht drei Schüsse abgegeben.

Verfassungsfeiern im Ausland

Die Deutsche Kolonie in **Bern** beging am Donnerstag in gewohnter Weise die Feier des deutschen Verfassungstages. Die Mitglieder der Kolonie versammelten sich am Abend im deutschen Heim, wo Univ.-Professor **Dr. Michaelis** die Festrede hielt. Die Versammlung beschloß die Absendung eines Guldigungsgramms an den Reichspräsidenten. Vor der Feier im deutschen Heim hatte der deutsche Geschäftsträger die Spitzen der Deutschen Kolonie zu einem Abendessen eingeladen. Bei dieser Gelegenheit gedachte Gesandtschaftsrat **Dankwort** der Bedeutung des Tages.

Aus Anlaß des Verfassungstages fand am Donnerstag in den Räumen des deutschen Konsulats in **Genf** ein Empfang statt, bei dem **Vizekonsul Dr. Kreukwald** die Festansprache hielt. Eine überraschend große Zahl von Mitgliedern der Deutschen Kolonie, ferner der Präsident des Deutschen Evang. Kirchenausschusses **Dr. Kapler**, der Untergeneralsekretär des Völkerbundes **Dufour-Féronce** und Direktor **Mitter** vom Internationalen Arbeitsamt waren zu dem Empfang erschienen.

Nachklang zum Frankenthaler Heim-Prozess. Auf Grund eines Haftbefehls der Frankenthaler Staatsanwaltschaft wurde der nationalsozialistische Stadtrat **Fürster** aus **Ludwigshafen** bei dem ehemaligen Gesandten von **Reichsneu** ermittelt und auf dessen Verbitum Schloß **Notenburg** bei **Wiesloch** am Donnerstagmittag festgenommen. **Fürster** wurde zur Strafverbüßung in das Landgerichtsgefängnis eingeliefert. (Es handelt sich um die Verbüßung von 2 Monaten Gefängnis, die Schriftleiter **Fürster** im zweiten Heim-Fürster-Prozess erhalten hatte. Die Red.)

Bedeutungsvolle Ausführungen Hoovers

Schwenkung in der Kriegsschuldenfrage? Prohibition, Kelloggpat und Weltwirtschaftskrise

W.B. Washington, 12. Aug. (Tel.) Präsident Hoover hielt gestern Abend eine Ansprache, als er sich zur Annahme der Präsidentschaftskandidatur vor den Vertretern der Republikanischen Partei bereit erklärte.

In seiner Ansprache machte Hoover zunächst Bemerkungen zur Frage der Kriegsschulden, die, wenn auch in sehr vorsichtiger Form gegeben, ein Verlassen seiner bisherigen intransigenten Haltung vorzubereiten scheinen. Seine Stellungnahme, so erklärte er, über die Streichung der Kriegsschulden sei bekannt. Doch hoffe er, daß eine drastische Verminderung der Rüstungen den Schuldnerstaaten die Abtragung ihrer Verpflichtungen wesentlich erleichtern werde. Darüber hinaus aber könnten die Schuldnerstaaten eine Erleichterung erhalten, wenn eine „greifbare Kompensation“ ihrerseits den Vereinigten Staaten ein Entgegenkommen erleichtere. Eine solche Kompensation erblicke er beispielsweise in einer Vergrößerung der Märkte für die amerikanische Landwirtschaft und Industrie. Wenn infolge eines gesteigerten Absatzes der amerikanischen Produktion die Landwirtschaft wieder in Gang komme und der Wohlstand wieder geschaffen werde, so könne man sicher sein, daß Amerika Vorschläge der angebotenen Art einer Prüfung unterziehen werde. Allerdings könnten die Lasten nicht einfach durch Streichung der Schulden auf die amerikanische Bevölkerung übertragen werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schlug Hoover zur Regelung der Prohibitionsfrage vor, die Entscheidung den Einzelstaaten zu überlassen; nur müsse eine Wiedereinführung der Sneiben verhindert werden.

Zur Außenpolitik bemerkte Hoover, Amerika sei unter angemessenen Vorbehalten dem Weltfriedensgerichtshof beigetreten; es arbeite ferner an der Ausgestaltung des Kellogg-Paktes zu einem wirksamen Werkzeug des Friedens mit. Amerika werde alle Vereinbarungen daraufhin prüfen, ob durch einen Beitritt auch nicht die politische Linie Amerikas festgelegt werde. Die Vereinigten Staaten erkennen niemals einen Besitz an, der in Verletzung von Friedenspakt erworben wurde.

Hoover sprach sich für einen Schutzoll aus, der die amerikanische Wirtschaft vor der Schuldverkonkurrenz anderer Völker schütze. Amerikas militärische Stärke müsse genügend groß sein, um jedwede feindliche Invasion zu verhindern.

Hoover sprach sich dann zu wirtschaftspolitischen Fragen aus, befrwortete eine Neugestaltung des Bankwesens in den Vereinigten Staaten, begründete die Notwendigkeit der Haushaltsausgleichung, die Voraussetzung der Sanierung sei. Die Politik Europas habe die Weltkrise großenteils verschuldet. Dabei sei auf die „vergifteten Quellen der politischen Instabilität“ hinzuweisen, die in den Friedensverträgen lägen. Die europäische Finanzkrise vom Herbst 1931 habe eine Konjunkturbelebung in Amerika hintangehalten.

Amerika sei mitbetroffen von der Störung, die eine entfernt liegende Wirtschaft betroffen habe. Es sei bereit, an der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gedankens der Welt mitzuarbeiten, wie es auch bewiesen habe, als es den Zusammenbruch Deutschlands verhindert habe. Die Verminderung der Weltausgaben für Rüstungen um eine Milliarde Dollar im Jahre sei Voraussetzung einer Weltwirtschaftsbelebung. Amerika habe sich bereit erklärt, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen.

Die Rede Hoovers hat beträchtliches Aufsehen erregt. Die New-Yorker Blätter haben vor allem die Ausführungen Hoovers hervor, daß die Prohibition ein Hauptprogrammampunkt sei, und daß in der Kriegsschuldenfrage auch eine anderweitige Kompensation als durch Rückzahlung möglich erscheine. Hoovers Ausführungen über die Notwendigkeit der Änderungen der Prohibitionsgesetzgebung werden auch von der demokratischen Presse beifällig besprochen. „Times“ bezeichnet sie als den Kern von „Hoovers Botschaft“.

Neuregelung England-Ägypten

Eine Sensationsmeldung des „Daily Express“

W.B. London, 12. Aug. (Tel.) „Daily Express“ berichtet in sensationeller Aufmachung, daß ein englisch-ägyptischer Vertrag vor dem Abschluß stehe. Es verlautet, daß **Sidi Fakhri**, der Premierminister Ägyptens, im Oktober nach London kommt. Der britische Oberkommissar in Ägypten, **Sir Percy Loraine**, werde gleichfalls eine führende Rolle bei den Verhandlungen übernehmen.

Die Hauptpunkte des Vertrages würden u. a. sein: Ein Bündnis zwischen Großbritannien und Ägypten; militärische Räumung Ägyptens durch die britischen Streitkräfte; der Eintritt Ägyptens in den Völkerbund; das Ende der Kapitulationen; die Ernennung eines britischen Vizekonsuls in **Kairo** und eines ägyptischen Vizekonsuls in **London**; das Recht Ägyptens, eine kleine Garnison im **Sudan** zu halten; der Schutz des **Suez-Kanals** für alle Zeiten; eine Anleihe an Ägypten im Austausch gegen Kanalforderungen; die britischen Militärstreitkräfte werden **Kairo, Alexandria** und **Abukir** räumen; die britischen Streitkräfte in der **Kanalgone** werden beträchtlich vermindert. Laut „Daily Express“ ist es nicht wahrscheinlich, daß der augenblickliche Status des **Sudan** eine Änderung erfahren wird. Den ägyptischen Forderungen werde Genüge getan, wenn einer kleinen ägyptischen Streitkraft gestattet wird, dort stationiert zu werden.

Morgen Aufstieg Piccards

W.B. Brüssel, 12. Aug. (Tel.) Professor **Piccard** beabsichtigt, seinen Aufstieg in die Stratosphäre morgen früh zu unternehmen. Die letzte Entscheidung wird heute mittag 16 Uhr gefällt werden. Der Aufstieg soll, wie bekannt, von **Dübendorf** bei **Zürich** aus erfolgen. **Piccard** ist nunmehr vollständig startbereit. Am Donnerstag sind die Instrumente und die Gondel nochmals eingehend geprüft und in Ordnung befunden worden. Für den Aufstieg muß aber eine Wetterlage abgewartet werden, die in ganz Europa klaren blauen Himmel zeigt.

Die unglückliche Mandchurie

W.B. London, 12. Aug. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus **Mulden**: Der Schrecken der durch die verheerenden Überschwemmungen in der Mandchurie entstandenen Lage wurde durch den Ausbruch von Cholera vergrößert. In **Charbin** griff die Epidemie rasch um sich und forderte eine große Zahl von Opfern. Man schätzt jetzt amtlich, daß bei den Überschwemmungen rund 28 000 Menschen um Leben gekommen sind.

Vier Jahre Zuchthaus für einen Spion. Das Kammergericht in **Berlin** verurteilte den Arbeiter **Johann Schirf** aus **Deutschbrenn** zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlüt wegen Spionage zugunsten **Polens**.

Die Entscheidung im Saager Memelstreit

Aus der Begründung

In der Begründung zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Haag im Memelstreit wird u. a. ausgeführt: Das Vertrauen des Landtages könne den Präsidenten des Direktoriums nur solange bedeen, als es sich um Angelegenheiten der memeländischen Autonomie handle. Wenn der Präsident seine Befugnisse überschritten habe, könne ihn auch das Vertrauen des Landtages nicht in seinem Amte halten. Bei einem Mißbrauch des Abberufungsrechtes könnten selbstverständlich jederzeit die Signatarmächte eingreifen.

Das von litauischer Seite geforderte Kontrollrecht des Gouverneurs wird von dem Gerichtshof nicht anerkannt. Das Kontrollrecht wird vielmehr ausdrücklich auf die Einhaltung der im Memelstatut vorgeschriebenen Zuständigkeit beschränkt.

Zur Frage, ob die Abberufung des Präsidenten Voettcher als gerechtfertigt angesehen werden müsse, geht der Gerichtshof in seiner behandelnden Ansicht davon aus, daß Voettcher ohne Wissen der litauischen Regierung in Verhandlungen mit der Regierung eines fremden Staates eingetreten sei, ohne Rücksicht darauf, daß nach dem Memelstatut nur die Organe Litauens berechtigt seien, derartige Verhandlungen zu führen.

Das Urteil gibt zum Teil Litauen, zum Teil aber auch Memel recht. Es trägt deutlich den Charakter eines Kompromisses an sich. Dadurch hat der Memelkonflikt eine Regelung gefunden, die deutscher- und memeländischerseits zweifellos mit recht gemäßigten Gefühlen betrachtet werden dürfte und die auch die Signatarmächte infolge in Vernehmung verfahren müßte, als dem von ihnen mit Nachdruck vertretenen Rechtsstandpunkt von ihren eigenen im Gerichtshof sitzenden Staatsangehörigen nur teilweise entprochen worden ist.

Was die einzelnen Punkte der Entscheidung anbelangt, so wird im Punkt 1 die grundsätzliche Frage, ob dem Gouverneur des Memelgebietes das Recht der Abberufung des Landespräsidenten zusteht, zwar bejaht, aber mit der ausdrücklichen und sehr wesentlichen Einschränkung, daß eine solche Abberufung nur bei sehr ernsten Vorankommen erfolgen dürfe, die geeignet seien, der litauischen Souveränität Abbruch zu tun und für den Fall, daß andere Hilfsmittel fehlten. Bei einem Mißbrauch des Abberufungsrechtes könnten selbstverständlich die Signatarmächte jederzeit eingreifen.

Nicht anerkannt wurde das von litauischer Seite geforderte Kontrollrecht des Gouverneurs (Punkt 2), hinsichtlich der gesamten amtlichen Tätigkeit der memeländischen Behörden. Das Kontrollrecht wird vielmehr ausdrücklich auf die Einhaltung der im Memelstatut vorgeschriebenen Zuständigkeit beschränkt.

Der Gerichtshof hat ferner die Frage, ob eine Entlassung des Präsidenten des Direktoriums auch das Ende der Amtsdauer der Mitglieder des Direktoriums nach sich zieht (Punkt 3), verneint. Danach ist also die Abberufung des gesamten Direktoriums, wie sie seinerzeit von dem Gouverneur **Merks** vorgenommen wurde, zu **Unrecht** erfolgt.

Die 4. Frage, ob für den Fall, daß das Recht zur Entlassung des Präsidenten dem Gouverneur nur unter bestimmten Bedingungen zusteht, die Entlassung des ehemaligen Präsidenten **Voettcher** unter solchen Bedingungen erfolgt sei, wird aber wieder bejaht. In diesem Punkt ist demnach die litauische These als zu Recht bestehend anerkannt worden.

Das gilt auch von der 5. Frage, der Frage, ob die Einsetzung des von **Simaitis** präsidieren Direktoriums unter den Umständen, unter denen sie erfolgte, rechtmäßig gewesen ist. Auch in diesem Punkt ist von der Saager Kur das Vorgehen der Kommoer Zentralregierung gebilligt worden.

Dagegen ist wieder die besonders wichtige und letzte Frage, ob die am 22. März erfolgte Auflösung des Memel Landtags zu Recht erfolgt ist, vom Gerichtshof zugunsten des memeländischen Standpunktes entschieden worden. Der Saager Gerichtshof ist nämlich hier der für das Memelgebiet höchst bedeutungsvollen Ansicht, daß der Gouverneur nach dem Memelstatut zwar im Einverständnis mit dem Direktorium den Landtag auflösen könne, daß es sich dabei aber um ein Direktorium handeln müsse, das wenigstens einmal das Vertrauen des Landtages besessen habe. Sonst würde dem Erfordernis einer Mitwirkung der autonomen Instanzen bei dieser bedeutungsvollen politischen Aktion überhaupt nicht genügt sein.

In **Romno** sieht man die Entscheidung nicht als einen Sieg Litauens an, betont aber, daß Litauen kaum eine andere Entscheidung erwartet habe. Es habe sich ergeben, daß die litauische Auffassung im Prinzip die richtige sei, denn die Souveränität über das Memelgebiet liege Litauen zugesprochen, und diese Souveränität könne nicht durch die autonomen Behörden des Gebietes verliert werden. Man werde in **Romno** die Entscheidung des Saager Gerichts, die man als recht anerkenne, achten. In **Romno** wünsche man auch nach wie vor das beste Einvernehmen mit Deutschland.

Kleine Chronik

Der deutsche Ozeanflieger **v. Gronau** ist am Donnerstag in **Winnipeg**, von **Milwaukee** kommend, gelandet.

Nachdem der württembergische Staatspräsident von seinem Beurlaubungsrecht keinen Gebrauch gemacht hatte, wurde der 30 Jahre alte, lebige Kraftwagenführer **Gottlieb Lachenmaier** aus **Oppelsbohm (O.-W. Wabblingen)**, der am 22. Februar 1931 den Kaufmann **Steiner** aus **Stuttgart** ermordet und betäubt hatte, heute, Freitag früh, im **Bischhof des Stuttgarter** Justizgebäudes hingerichtet.

Auf der steilen Bergstraße von **Oberau** nach **Etal** bei **Oberammergau** stürzte am Donnerstag ein Münchener Gesellschaftsautobus den Berghang hinab. Von den Wageninsassen wurde einer (ein Kaufmann aus **Heidelberg**) getötet und mehrere verletzt.

In **Bräunau** (Unterfranken) fuhr ein mit 7 Personen besetzter Kraftwagen mit voller Wucht gegen die Treppe des Amtsgebäudes und überschlug sich. Zwei Insassen wurden getötet.

Ein **Grabschänder**, der Ende Juni in **Deffau** gemeinsam mit zwei Schuljungen auf dem evangelischen Friedhof etwa hundert Grabdenkmäler ungewaschen und zerstört hatte, wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der **Mitinshaber** der Bremer Getreidemaklerfirma **Gebr. Riese, Ernst Riese**, ist wegen Veruntreuung im Betrage von rund 70 000 RM. ins Ausland geflüchtet.

Im **Louvre** in **Paris** wurde das berühmte Gemälde „**Angelus**“ von **Millet** mit einem Messer schwer beschädigt. Der Täter ist ein 31 Jahre alter Ingenieur, der festgenommen wurde. Man glaubt, es mit einem Geistesgestörten zu tun zu haben.

Im **Alter** von vierzehn Jahren ist in **Los Angeles** der deutsche Schächer **Rintintin** eingegangen. Er war der bekannteste, schließlich auch im **Donfilin** mitwirkende „**Filmstar**“ aus dem **Tierreich**. In seiner „**Beisehung**“ nahmen zahlreiche bekannte Filmschauspieler und -schauspielerinnen teil.

Ein **Sozialversicherungsabkommen** wurde zwischen Deutschland, Frankreich und dem Saargebiet abgeschlossen.

Aus den Ländern

Eine preussische Bilanz

Das preussische Innenministerium verweist in diesen Tagen eine Neuauflage des „Beweislers durch die Polizei“. Diese amtliche Darstellung enthält auch die traurige Bilanz des Bürgerkrieges im Jahre 1931.

In 69 Tagen war die preussische Polizei in erhöhter Bereitschaft von mindestens 24stündiger Dauer. Die meisten Tage der erhöhten Bereitschaft entfallen auf Düsseldorf, nämlich 22 Tage, Bielefeld 14 Tage, Arnberg 10 Tage, Koblenz 6 und Berlin sowie Frankfurt a. d. O. je 5 Tage.

Von der Schusswaffe mußte im Jahre 1931 von der Polizei in 1175 Fällen Gebrauch gemacht werden, davon in 239 Fällen im Bezirk Düsseldorf, und in 189 Fällen in Berlin. Verletzt wurden durch die Polizei bei den Zusammenstößen in Düsseldorf 29, in Berlin 18 Personen. Getötet wurden beim Vorgehen der Polizei im Bezirk Münster 10 Personen, in Berlin 8 Personen, in Düsseldorf 6 Personen. Insgesamt wurden durch Waffengebrauch der Polizei im Jahre 1931 113 Personen verletzt und 41 Personen getötet.

Eine amtliche Statistik über Versammlungsstörungen zeigt, daß die preussische Polizei in der Mehrzahl gegen Kommunisten hat vorgehen müssen und vorgegangen ist. Die Polizei ist im Jahre 1931 eingeschritten bei 1474 Versammlungen unter freiem Himmel und 1430 Versammlungen in geschlossenen Räumen. Veranstalter der Versammlungen waren in 1136 Fällen die Kommunisten, in 1062 Fällen die Nationalsozialisten, in 84 Fällen der Stahlhelm, in 69 Fällen andere Rechtsverbände und in 208 Fällen das Reichsbanner. Störer der Versammlungen waren in 1876 Fällen die Kommunisten, in 666 Fällen die Nationalsozialisten, in 39 Fällen der Stahlhelm, in 19 Fällen andere Rechtsverbände und in 101 Fällen das Reichsbanner.

Wegenommen an Waffen und gefährlichen Werkzeugen wurden: 329 Schusswaffen, 516 Sief- und Stichwaffen und 647 andere gefährliche Werkzeuge.

Nationalsozialistische Länderregierungen an die Reichsregierung

Der anhaltische Ministerpräsident Freyberg und der braunschweigische Staatsminister Klages haben nach einer Aussprache über die politische Lage in Magdeburg eine Erklärung an den Reichskanzler abgegeben, die, wie verlautet, auch von den Ministerpräsidenten von Oldenburg und von Westfalen-Schwern unterzeichnet werden wird. Diese Erklärung geht um die Notverordnung vom 14. Juni.

Es wird von ihr gesagt, diese und Regierungsmassnahmen solcher Art überhaupt hätten zur Folge, daß alle Unterstützungsempfänger an den Rand der Verzweiflung gebracht würden, während auf der anderen Seite die finanzielle Sanierung ausbliebe. In einer Reihe von Forderungen, die im Anschluß daran erhoben werden, ist die wichtigste nach Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen Arbeitspflicht, ferner die nach Beendigung der Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialrenten.

Kurze Nachrichten

Eine Besprechung über die Regierungsbildung in Preußen zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationale Volkspartei und Zentrum soll am Montag stattfinden. — Der Präsident des Preussischen Landtags hat auf die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten erklärt, der Landtag werde noch vor Beginn der Reichstagsitzung zusammentreten.

20 000 Währungsverbesserer in Deutschland. Die Reichsbank hat in jüngster Zeit mehr als 1000 Vorschläge zur Bekämpfung der Krise durch eine Änderung der Währungspolitik erhalten. Das Berliner Institut für Währungsfragen gibt die Zahl solcher Projekte, die seit 1929 allein in Deutschland aufgetaucht, auf 20 000 an.

Deutsche Kohlen in Dublin gelöst. Die ersten Schiffsladungen deutscher Kohle nach Irland sind in Dublin ein. Es handelt sich um eine Gesamtmenge von 2750 Tonnen, deren Preis nicht höher ist, als der der britischen Kohle.

An der Handelshochschule Mannheim beginnt das Wintersemester 1932/33 am 2. November. Das Vorlesungsverzeichnis ist schon erschienen und kann vom Sekretariat der Handelshochschule Mannheim (C 2, 1) gegen Voreinsendung von 80 Pf. bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Literarische Neuererscheinungen

Oliver Cromwell. Ein Kampf um Freiheit und Diktatur. Von Dr. Heinrich Bauer. (München, R. Oldenbourg, 1932, 423 Seiten, mit 17 Bildtafeln. 9. Broch. 8 M., Reinen 9,50 M.) — Wie ein unheimlicher Schatten schwebt der Name des englischen Lordprotectors Oliver Cromwell über dem Schicksalsweg Europas, der von der großen englischen Revolution 1642 über die französische von 1789 in die deutsche Revolution von heute führt. Lange verfehmt von der öffentlichen Meinung, erst durch die Forschungen der letzten fünf Jahrzehnte in engen Fachkreisen gerechtfertigt, bleibt es uns vorbehalten — aus dem Erleben der Zeit heraus — den heldischen Kampf dieses großen nationalen Revolutionärs und Diktators im Inneren zu verstehen. Tief verwurzelt im Glauben an seinen unerbittlich fordernden Gott, bricht dieser fanatische Protestant und Puritaner zum Kampf um die Freiheit des Gewissens auf. Neben dieser bezwingenden Macht des Religiösen steht die Idee des Politischen, die den freiheitsliebenden Edelmann zum schonungslosen Kampf gegen einen despotischen Monarchen und für die Freiheit des Bürgers treibt. Mit feinen gleich ihrem Führer entflammten Panzerreitern bräut Cromwell im Alter von über vierzig Jahren aus dem verborgenen Leben des Landadelmannes auf die politische Bühne Englands und Europas. In wenigen Jahren steigt der Namenlose zu einem der genialsten Führer und Feldherrn der Weltgeschichte auf, vernichtet — Feindgenosse Gustav Adolfs und Wallensteins — die Heere Karls I. aus dem Hause Stuart. Sein freiheitsstolzes, machtbewusstes Heer zwingt ihn nach einem ungeheuerlichen Hochverratsprozeß zur Hinrichtung des Königs. Nach treibt die Wucht der Ereignisse Cromwell immer weiter auf seiner Bahn, nötigt ihn, gegen dasselbe Parlament, aus dem er hervorgegangen ist, mit Gewalt vorzugehen. Mit farten Schlägen schmettert er Irland und Schottland nieder, hämmert er die Einheit der drei englischen Reiche. Als das Parlament der „Geißeln“, der fanatischen Glaubensfreunde Cromwells, die dem Reich Gottes auf Erden von dem „ermählten“ England aus den Weg bereiten wollen, verlagert und Cromwell zum Lordprotector über die kaum begründete Republik emporsteigt,

Badischer Teil

Vor dem 250jährigen Lörracher Stadtbildung

In den Tagen vom 26. bis 28. August wird die Stadt Lörrach ihr 250jähriges Stadtbildung begehen. Entsprechend dem Ernst der Zeit wird die Jubiläumsfeier nur in einem kleinen und bescheidenen, aber nichts desto weniger würdigen Rahmen vor sich gehen. Als Auftakt zu den Feiern veranstaltet der Rotorsportklub Lörrach am Sonntag, den 27. August, auf der Straße Lörrach-Badhof ein Bergrennen, zu dem eine Anzahl bekannter Rennfahrer ihre Teilnahme angemeldet haben. Am 28. August findet ein großes Jubiläumssorchesterkonzert statt mit der Aufführung der „Allmacht“ von Schubert und des „Galleuja“-Chores von Handel, der 27. August ist der Tag für den offiziellen Festakt, der des abends durch einen Fackelzug verschönert wird, der Schützenverein feiert am 28. August und zum Schlußfeiertag wurde der 29. August bestimmt.

Aus den Parteien

Die Demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns hat die süddeutschen Parteioffizianten der Deutschen Staatspartei zu einem süddeutschen Demokratientag am Sonntag, den 4. September d. J., nach Bietigheim (Württemberg) eingeladen. Die Tagung will eine Zusammenfassung des freiheitlich gesinnten süddeutschen Bürgertums die Wege bereiten und steht unter dem Motto: „Der Anspruch Süddeutschlands auf Führung im Reich“. Auf der Tagung werden u. a. Minister a. D. Dietrich sprechen.

Hermann Busse in die Rotgemeinschaft des deutschen Schrifttums berufen. Mit dem Einverständnis des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und des Reichsministers des Innern ist Professor Hermann Eris Busse in Freiburg als auswärtiges Mitglied für das laufende Jahr in das Gremium der Rotgemeinschaft des deutschen Schrifttums berufen worden.

Aus der Landeshauptstadt

Abschluß des Bundestages der Militärmusik. Die Verhandlungen des Bundestages der ehemaligen Militärmusikern Deutschlands in Karlsruhe wurden am Donnerstag zu Ende geführt. Der Monatsbeitrag wurde auf einen Reichsmark festgesetzt. Das Bundesorgan wird künftig nur noch einmal monatlich erscheinen. Der Bundesvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergewählt.

Tierquälerei. Gestern mußte die Polizei gegen zwei Fuhrleute wegen Tierquälerei einschreiten. In dem einen Fall war das Pferd derart abgetrieben, daß es auf der Straße zusammenbrach, im anderen Falle mißhandelte ein Fuhrmann sein Pferd auf der Kaiserstraße durch Peitschenschläge in roher Weise.

Scherbhaustellungen im Bad. Kunstverein. Wie bereits mitgeteilt, finden in den Monaten September und Oktober zwei große Ausstellungen badischer Künstler statt: Die Frau im Bilde und Karlsruhe im Bilde. Neben einem Betrag von 8000 M., der teils des badischen Staates zur Verfügung stehen wird, hat nun auch der Stadtrat Karlsruhe weitere 5000 M. zu Ankufen von Werken und zur Verteilung von Preisen unter den ausstellenden Künstlern bereitgestellt, so daß für beide Ausstellungen 8000 M. durch die öffentliche Hand ausgenutzt werden.

Sommeroperette im Städtischen Konzerthaus. Der Spielplan bringt für Freitagabend eine Wiederholung der immer gern gesehenen Operette „Das Weib im Purpur“ von Jean Gilbert. Die lustigen Intermezzi bereiten den Besuchern genussreiche Stunden, so daß sich das Ansehen der Operette lohnt. Beginn der Vorstellung 20 Uhr. (Siehe auch die Tagesanzeige.)

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die Temperaturen haben sich im Verlaufe der bestehenden Hochdruckperiode von Tag zu Tag soweit gesteigert, daß wir uns jetzt in der wärmsten Periode des diesjährigen Sommers befinden. Über dem Festlande verlagern sich die Druckgebiete weiter, so daß mit zunehmender Gewittertätigkeit gerechnet werden muß. — Wetterausblick für Samstag: Sehr warm, zeitweise schwül, Gewitterbildung.

Wasserstände: Waldshut 361 — 8, Basel 167 — 7, Schusterinsel 285 — 8, Rehl 369 — 6, Murgau 550 — 8, Mannheim 453 — 13, Caub über 300 Ptm.

beginnt seine Tragödie. Seine Glaubensgenossen fluchen dem Verrückten, die Königin, die Republikaner, die altkirchlichen Presbyterianer, die Katholiken erheben sich in gemeinsamer Front gegen den neuen Machthaber. Und während Cromwell immer neue Aufstände und Verschwörungen niederschlägt, mit dem Parlament um Verfassung und Steuern ringt, bestreift er die größten Seemächte der Welt, Holland und Spanien, trägt die englische Flagge siegreich in alle Meere, führt bestunndert und gefürchtet von den Monarchen Europas die junge Republik zur Weltmacht empor. Die Königskrone, die den Riß zwischen Legitimität und Revolution überbrücken soll, schlägt Cromwell aus. Während fast alle alten Freunde von ihm abfallen und der Sohn des entthronten Königs mit neuen Heeren an die Tore Englands pocht, zwingt er in furchtbarer Vereinstimmung mit einer eisernen Militärdiktatur bis zu seiner Todesstunde vom düsteren Königsschloß Whitehall aus den inneren und äußeren Feind zu Boden. In der Nacht vor seinem Tode raft ein Orkan über ganz England. Alle wissen: dort stirbt der Eine, dessen Hand das Chaos bändigte. . . . Dieses Leben eines der gewaltigsten Männer, die jemals Geschichte gemacht haben, erzählt uns Bauer in fesselnder, fast romanhafter Weise. Die Spannung des Lesers hält bis zur letzten Seite an.

Marx, Generalleutnant a. D.: Die Marne — Deutschlands Schicksal? Ein Wort gegen die dramatische Geschichtsauffassung in der militärischen Literatur. (1,50 M. E. S. Mittler & Sohn, Verlagsbuchhandlung, Berlin SW 68.) — Wenn Schlieffen nicht 1913 gestorben wäre, „wäre alles anders gekommen“ — so sagt man. Ja, wäre dann wirklich die Marne Schlacht zum Canne für die Franzosen geworden, hätten wir Weihnachten 1914 Frieden gehabt und wären wir heute ein siegreiches, glückliches Volk? Nein, sagt Generalleutnant Wilhelm Marx in seinem Buche „Die Marne — Deutschlands Schicksal?“, nein, denn von dem zufälligen Tode dieses einen Mannes kann nicht das Schicksal eines 60-Millionen-Volkes auf Jahrzehnte bestimmt werden. Der Verfasser folgert weiter: Wenn auch unser Wiederaufstieg nur abhängig sein soll von einem „Wetter“, wie man dies alle Tage lesen kann, was soll dann aus uns werden, wenn dieser Wetter aus irgendeinem Grunde nicht geboren wird oder an spinaler Kinderlä-

Gemeinderundschau

Arbeitsbeschaffung in Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe beschäftigt, den verumpften Geländestreifen zwischen dem Federbach und dem Hochgebäude bei Daxlanden durch eine leichte Auffüllung in einen forstwirtschaftlich nutzbaren und auch landwirtschaftlich besseren Zustand bringen zu lassen. Die Arbeit umfaßt 22 500 Kubikmeter Erdbewegung und 13 500 Tagesarbeiten. Es sollen an drei Baustellen sowohl Woffahrtserwerbslose gegen Entlohnung wie auch Pflichtarbeiter und eventuell Arbeitsdienstverpflichtete beschäftigt werden.

Um die Abhaltung der Baden-Badener Rennen. Die Finanzierung der Baden-Badener Rennen steht mit der Entschädigung der badischen Buchmacher, ob sie sich dem allgemeinen Buchmacherabkommen anschließen oder nicht. Das Abkommen besteht darin, daß die Buchmacher eine Abgabe ihres Umsatzes an die oberste Behörde leisten, die nach einem bestimmten Schlüssel an die Rennvereine verteilt wird. Wie wir hören, stehen die Verhandlungen vor ihrem Abschluß und damit wäre die Finanzierung der Rennen gesichert. Der Rennungsbeschluß am 26. Juli war besser als im Jahre 1931. Auch die französische und österreichische Beteiligung ist gut.

Besuchszahlen badischer Kur- und Fremdenorte. Baden-Baden zählte im Monat Juli insgesamt 8289 Besucher, darunter 3304 Ausländer. Unter den Ausländern nehmen die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 1425 Besuchern den ersten Platz ein; es folgen die Niederlande, Großbritannien, Frankreich, Schweiz und Belgien. — Das Kurhaus und Senatorium Bühlerhöhe zählte am 20. Dezember 1930 bis 31. Juli 1932 862 Kurgäste, darunter 119 Ausländer.

Der Bürgerausschuß Börsenbach hat einstimmig beschlossen, eine Vorlage auf Eintragung einer Hypothek der Bad. Kommunalen Landesbank in Mannheim abzulehnen. Weiterhin wurde mit 23 gegen 22 Stimmen die Einführung eines Familienbades abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Forbach genehmigte in seiner letzten Sitzung mit allen gegen 1 Stimme den Voranschlag, obwohl zur Ausbalanzierung des Haushalts Umlageerhöhungen vorgenommen werden müssen. Der Bürgerausschuß stellte sich in vorbildlicher Weise verantwortungsbewußt hinter seinen Bürgermeister und Gemeinderat.

Der Oberkircher Voranschlag nicht angenommen. Der Gemeinderat Oberkirch hatte sich wiederum mit dem Voranschlag 1932/33 zu beschäftigen. Der Haushaltsplan schließt mit einem Fehlbetrag von 141 911 M ab. Der Gemeinderat hat die Einführung der dreifachen Bürgersteuer und der Gemeindegrenzensteuer, deren Ertragsverhältnisse reichsweit zur Abtragung des Fehlbetrages vorgesehen sind, abgelehnt und somit dem Voranschlag seine Zustimmung verweigert. Nach der badischen Haushaltsnotordnung ist nun der Bürgermeister verpflichtet, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, die zur Ausgleichung des Haushalts erforderlich sind.

Der Bürgerausschuß Randern genehmigte einstimmig den Gemeindevoranschlag für 1932/33, der eine Einnahme von 197 572 M. (Vorjahr 203 126 M.) aufweist und der eine Ausgabe von 252 768 M. (Vorjahr 357 823 M.) gegenübersteht. Bürgermeister Matter wies darauf hin, daß der Gemeindevoranschlag einen starken Rückgang der Einnahmen aufweist. Wenn nun trotzdem für das neue Rechnungsjahr die bisherigen Umlageerhöhungen bestehen bleiben können, so nur deshalb, weil größte Sparsamkeit geübt wird, und auf der Ausgabe Seite Abstriche bis an die Grenze des Möglichen gemacht wurden. Im neuen Etat zeigen nur die Ausgaben für Woffahrt, für die Sicherheitspolizei, für die Armenpflege erhöhte Sätze gegenüber dem Vorjahr, während alle anderen Positionen zum Teil recht empfindliche Abstriche aufweisen. Die Steuerwerte betragen beim Grundvermögen 4 177 000 Reichsmark, Betriebsvermögen 800 000 M., Gewerbevermögen 55 000 M. Zur Deckung des ungedeckten Aufwandes von 55 196 M. sind zu erheben aus den Steuerwerten des a) Grundvermögens 115 Pf. v. H., b) Betriebsvermögens 44 Pf. v. H., c) Gewerbevermögens 662 Pf. v. H. Neben dieser Gemeindesteuer gelangt für das neue Rechnungsjahr folgende Kreissteuer zur Erhebung: a) vom Grundvermögen 11 Pf. v. H., b) vom Betriebsvermögen 4,4 Pf. v. H., c) vom Gewerbevermögen 75,5 Pf. v. H. Die Gemeinberechnungen für die Rechnungsjahre 1929/30 und 1930/31 und der von Bürgermeister Matter vorgelegene Schuldentilgungsplan wurden ebenfalls einstimmig gutgeheißen. Bürgermeister Matter schloß die einmütig verlaufene Sitzung mit der Feststellung, daß in ihr das Vertrauen, das die Bürgererschaft der Gemeindeverwaltung entgegenbringe, recht deutlich zum Ausdruck gekommen sei.

Fortführung der Schwarzwaldbahn durch Notstandsarbeit. Die Kreisverwaltung Baden hat im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt Baden-Baden die Vorverhandlungen über die Finanzierung der Fortführung der Schwarzwaldbahn-

strasse durch Notstandsarbeit. Die Kreisverwaltung Baden hat im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt Baden-Baden die Vorverhandlungen über die Finanzierung der Fortführung der Schwarzwaldbahn-

Geologie rechts und links der Eisenbahnen im Schwarzwald

Schon seit 8 Jahren hat der Badische Schwarzwaldberein die Herausgabe eines neuen Werkes über den Schwarzwald vorbereitet, an dessen Zustandekommen die bedeutendsten Fachleute der Geologie, Mineralogie und Geographie als Mitarbeiter beteiligt sind. Das Werk soll als Seitenstück zu dem bekannten „Pflanzenleben des Schwarzwaldes“, von Geheimrat Professor Dr. Fr. Oltmann, die geologischen und geographischen Verhältnisse des Schwarzwaldes behandeln und in vollständiger Darstellung einen größeren Kreis vermitteln. Um das Werk im Anschaffungspreis erschwinglich zu gestalten, hat man von einer großen Gesamtausgabe abgesehen und dafür kleinere und zu billigerem Preis abzugebende Einzelhefte, in denen von verschiedenen Mitarbeitern die einzelnen Gebiete und Landesteile behandelt werden, zur Ausgabe vorgeesehen. Mit dem ersten nunmehr erschienenen Heft, das unter dem oben angegebenen Titel von Professor der Geologie und Paläontologie an der Universität Freiburg, Dr. Wilhelm Deede, herausgegeben wurde, hat der Schwarzwaldberein in außerordentlich geschickter Weise die Einführung des Gesamtwerkes bzw. der noch folgenden Lieferungen vorbereitet. Das erste Heft behandelt nämlich in interessanter Darstellungsweise die geologischen und mineralogischen Verhältnisse der Gebiete rechts und links der Eisenbahnlinien im Schwarzwald, so wie sie der Fahrgast vom Zuge aus sehen und in den von Professor Deede gegebenen fesselnden Aufschlüssen selbst erkennen kann, 75 Abbildungen, darunter eine große Zahl von guten Übersichtskarten, sowie ein am Schluß angefügtes alphabetisches Verzeichnis der Fachausdrücke bilden eine wertvolle Ergänzung des Werkes, das sich sicherlich viele Freunde erwerben wird.

von Unterförmatt nach der Vornisgründe soweit abgeschlossen, daß mit dem Baubeginn der Straße bereits in allernächster Zeit gerechnet werden kann. Die Arbeit ist in den Arbeitsbeschaffungsplan aufgenommen. Sie umfaßt 14 000 Tagewerke und wird für durchschnittlich 300 Arbeitslose des Jahres und Wühlertales auf die Dauer eines Vierteljahres Beschäftigung und Verdienst geben.

Ein Bauvoranschlag um 100 Proz. überschritten. Für den Erweiterungsbau des Engerer Krankenhauses waren einschließlich innere Einrichtung etwa 250 000 RM. vorgesehen. Die tatsächlichen Kosten stellten sich jedoch auf rund eine halbe Million. Der Voranschlag war somit um rund 100 Proz. überschritten. Der Bürgerausschuß Engen hatte sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Tatsache zu befassen und genehmigte schließlich mit allen gegen drei Stimmen die Übernahme einer weiteren Bürgerschaft zugunsten des Spital- und Spendenfonds, die den Bau auszuführen hatten.

Voranschlag der Stadtgemeinde St. Blasien. Der Gemeinderat St. Blasien hat den Voranschlag für 1932/33 vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt. Die Kennzeichen des Voranschlags sind: Drosselung aller Ausgaben, die irgendwie vermieden werden können, und gewaltiger Anstieg der Armen- und Fürsorgelasten, die sich in der Hauptsache aus der großen Erwerbslosigkeit ergeben. In der Armenpflege sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 31 500 RM., in der Wohlfahrtspflege um rund 20 000 RM. angewachsen. Beide Kosten zusammen ergeben eine Mehrausgabe von 51 500 RM. Um den durch den Abgleich der Einnahmen und Ausgaben sich ergebenden Fehlbetrag zu decken, sind durch unmittelbare Gemeindesteuern (Gemeindeumlage) 91 879 RM. und durch den vierfachen Betrag des Landesbesatzes der Bürgersteuer 16 000 RM. aufzubringen. Die Gemeindeumlage ist mit dem Landesdurchschnitt, d. h. mit 90 Pf. vom Grundvermögen, 34 Pf. vom Betriebsvermögen und 525 Pf. vom Gewerbeertrag vorgesehen.

Hilfsmassnahmen der badischen Gemeinden für die Unwetterschädigten. Der Verband badischer Gemeinden schreibt uns: Die Bevölkerung im Kaiserstuhlgebiet ist vor kurzem bekanntlich von einem großen Unwetter mit Hagelschlag so schwer heimgeführt worden, daß Hilfsmassnahmen durch die Allgemeinheit dringend erforderlich sind. Der Verband badischer Gemeinden hat am 27. Juli die betreffenden Reichs- und Staatsstellen um entsprechende Massnahmen gebeten. Gleichzeitig sind die Bezirksvereine des genannten Verbandes um Unterstützung der amtlich eingeleiteten Sammlungen ersucht worden.

Der Voranschlag der Gemeinde Schliengen (Amt Müllheim) wurde vom Bürgerausschuß ohne längere Aussprache einstimmig angenommen. Er sieht in Ausgaben 52 274 RM., in Einnahmen 33 206 RM. vor. Der ungedeckte Aufwand von 19 068 RM. wird durch Umlage auf das Grundvermögen von 17 v. H. eingetrieben. Die Gesamtkosten des Schulhausbauwerks betragen 86 000 RM.; der Voranschlag wurde somit nicht erreicht; es war daher auch nicht notwendig, einen Reservefonds heranzuziehen.

Der Bürgerausschuß Adolfszell nahm den Voranschlag mit den Stimmen der Mittelparteien und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten an. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten die Mitglieder der Nationalen Einheitsliste nach Abgabe einer Erklärung den Saal verlassen. Mit dem Voranschlag wurde zugleich die dreifache Bürgersteuer und die Getränkesteuer angenommen. Die Verstaatlichung der Polizei zum 1. Oktober wurde gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. — Durch die Verstaatlichung dürfte die Stärke der Polizeikräfte ungefähr auf das Doppelte des bisherigen Bestandes erhöht werden, wobei der Stadt Adolfszell durch die vorgeschriebene Übernahme von sechs Zehntel des gesamten Aufwandes keine höheren Kosten erwachsen als bisher für die städtische Polizei. In den bisher gepflogenen Verhandlungen wurde auch die Übernahme der städtischen Polizeibeamten in den Staatsdienst zugelagt.

Der Bürgerausschuß Hausen (Amt Schöpsheim) lehnte den Voranschlag für 1932/33 mit 19 gegen 17 Stimmen ab. Bürgermeister Hauser erklärte, er werde den Voranschlag nunmehr aufgrund der Notverordnung in Kraft setzen.

Der Bürgerausschuß überlingen befaßte sich in einer nahezu vierstündigen Sitzung u. a. auch mit der aufgrund der Notverordnung vorgenommenen Neueinstellung der städtischen Beamten. Der Besoldungsaufwand für die städtischen Beamten vermindert sich dadurch um 3900 RM., einschließlich der viermaligen Gehaltserhöhungen seit Frühjahr 1931 um rund 40 000 RM.

Zeitschriftenbau

Frau und Gegenwart... Die Eigenart dieser Zeitschrift besteht darin, daß sie sich nicht an eine bestimmte Seite der Frau wendet vom Modischen oder Gesellschaftlichen her, sondern bewußt den ganzen Menschen erfährt. Darum wird nicht die Hausfrau oder die berufstätige Frau oder die „Dame“ bevorzugt. Gleichwertig stehen Artikel über Probleme des Familienlebens, Kindererziehung, Berufsfragen, hauswirtschaftliche Fragen, Architektur, die schaffende Frau, Literatur, Musik, Tanz, Sport, Mode, Geselligkeit nebeneinander. Man nimmt jedes Heft der ausgezeichnet ausgestatteten Zeitschrift mit Freude in die Hand und ist jedesmal wieder entzückt, mit welcher Sicherheit alle Beiträge und Illustrationen des Heftes eine ganz bestimmte Linie einhalten. Das gleiche gilt vom Modenteil, der modisch gut orientiert, bewußt alle Überreibungen meidet und gelegentlich an den Ausschweifungen der Mode scharfe Kritik übt. Bewußter Prospekt durch den Verlag G. Braun, Karlsruhe, kostenlos. Einzelheft 1 M.

Neue Beweise der Leistungsfähigkeit des Schallplatten-Volkverbandes. Bereits eine flüchtige Durchsicht des neuen Langor-Schallplatten-Verzeichnisses überrascht durch die musikalische Vielfalt und durch die Namen Weltruf genießerender Künstler und Kapellen. So findet hier jeder Musikfreund und Musikkenner eine reiche Auswahl klassischer sowie guter Unterhaltungsmusik in tonvollendeter Aufnahme und Wiedergabe. Kein technisch betrachtet sind die Langor-Schallplatten von einer erstaunlichen Klangfülle und Klangreinheit, ohne hörbares Radelgeräusch, schwergeräusch und mit jeder Nadel spielbar. Die Preise der Platten sind in einer Weise der Zeit entsprechend angepaßt, die der hohen Leistungsfähigkeit des Schallplatten-Volkverbandes und seinem Grundsatze, Qualität und Billigkeit zu vereinigen, das beste Zeugnis ausstellen. Das Plattenverzeichnis (kostenlos und unverbindlich anfordern von der Hauptgeschäftsstelle Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 41-43) teilt sich jetzt in zwei große Gebiete auf: I. Meister der Musik (Große Oper, Konzert, Kammermusik, Gesangs- und Instrumental-Soli, Historische Märche, Klassische Operette); Preis der 25-cm-Platte jetzt 1,80 M., Preis der 30-cm-Platte jetzt 2,40 M. II. Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik. Preis der 25-cm-Platte jetzt 1,40 M. Auf Grund der Qualität dieser Volltonplatten und der unvergleichlich billigen Preise ist bereits heute schon Langor die Schallplatte des Musikgebildeten.

Kurze Nachrichten aus Baden

Verfassungsfeiern in Mannheim und Freiburg

13. Mannheim, 12. Aug. Am Abend des Verfassungstages fand im Rufenaal des Mannheimer „Rosengartens“ die von der Stadt alljährlich veranstaltete Verfassungsfeier statt. Nachdem etwa 2000 Personen im Rufenaal Platz genommen hatten, mußte dieser wegen Überfüllung geschlossen und viele Tausende abgewiesen werden. Neben dem Reichsbanner und der Badenwacht waren auch zahlreiche dienstfreie Polizeibeamte bei der Feier anwesend. Man bemerkte den Oberbürgermeister Dr. Heimerich, den Polizeipräsidenten Dr. Waber, den Landeskommissar Dr. Scheffmaier, Landrat Dr. Guth-Wender sowie zahlreiche Stadträte und Leiter staatlicher und städtischer Behörden.

Die Festsprecher hielt Prof. Dr. Schnabel von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der Redner ging davon aus, daß die Verfassung im heutigen Augenblick in ihren wesentlichsten Grundlagen in Frage gestellt scheine. Der Geist, der die Verfassung geschaffen habe, drohe zu erlöschen. Es sei unmöglich, die Geschichte eines ganzen Jahrhunderts zu widerrufen. Die Geschichte dieses Jahrhunderts sei die rechtsstaatliche Entwicklung, die Erhebung des Arbeiters zur Rechtspersonlichkeit. In seinen Schlussworten betonte der Redner, daß man in dieser Zeit Besseres zu tun habe, als die wenigen feststehenden Formen unseres staatlichen und nationalen Lebens umzuwerfen. Das Reich könne nur dann stark sein, wenn es auch der landmannschaftlichen Verbundenheit Raum gewähre. Die Republikaner grüßen die Verfassung als das letzte Bollwerk von Recht und Freiheit. — Das stehende gesungene Deutschlandlied gab der Feier ihren Abschluß. Die Feier wurde umrahmt von Musikvorträgen des Philharmonischen Orchesters Mannheim.

13. Freiburg i. Br., 11. Aug. Aus Anlaß des Verfassungstages hatten in Freiburg die städtischen und staatlichen Gebäude sowie auch zahlreiche Privatgebäude in den Landes- und Reichsflaggen geflaggt. Abends 8 Uhr fand in der städtischen Festhalle eine öffentliche Gedenkfeier statt, die recht zahlreich von der Freiburger Bevölkerung, von Vertretern der Behörden, der freiwilligen Feuerwehr und der Sanitätsabteilung, Polizei und Reichsbanner besucht war. Die Festsprecher hielt Stadtrat Fr. Geiler, der auf die gegenwärtige Lage in Deutschland hinwies. Der deutsche Volksstaat werde aber befohlen sein, daß die Ideen der Verfassung bestehen bleiben. Der Volksstaat müsse leben und dürfe nicht untergehen. Die Veranstaltung war umrahmt von musikalischen und gesanglichen Vorträgen.

16. Sickingen bei Forstheim, 12. Aug. Als Freitag früh gegen halb 7 Uhr der 43jährige, verheiratete Goldschmied Aug. Fränkle sich nach Forstheim zur Arbeit begeben wollte, wurde er von einem Verwandten, mit dem er früher in einer Wirtschaft eine Auseinandersetzung hatte, überfallen und durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Der Täter, der 40jährige Franz Ohnhaas, ein Vertreter der Frau Fränkle, gab insgesamt vier Schüsse auf Fränkle ab, von denen zwei in den Oberkörper gingen und den Knochen zerplitterten. Der Täter, ein Vollmalde, gilt als geistesgestört.

16. Freiburg i. Br., 11. Aug. Zu Ehren des nach dreißigjähriger Tätigkeit in den Ruhestand getretenen Direktors des Tierhygienischen Instituts der Universität Freiburg, Prof. Schlegel, veranstaltete der Tierärztliche Kreisverein Freiburg eine schlichte Abschiedsfeier im feierlich geschmückten Hörsaal, zu der zahlreiche Tierärzte aus ganz Baden erschienen waren. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Sachvortrag Prof. Schlegels, sprach der Vorsitzende des Kreisvereins, Dr. Müller (Freiburg), Prof. Schlegel den Dank der Versammlung aus und ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden des Kreisvereins. Schlachthausdirektor Behr würdigte Schlegels Verdienste auf dem Gebiete der bakteriologischen Forschung.

16. Freiburg i. Br., 12. Aug. Vor dem Schnellrichter hatte sich am Donnerstag der der antisozialistische Kampffront angehörende Kommunist Karl Kramer wegen verbotenen Waffenbesitzes zu verantworten. Bei der vor einigen Tagen vorgenommenen Durchsuchung seiner Wohnung wurden erneut verschiedene Waffen vorgefunden. Auch war bekannt geworden, daß bei ihm geheime Zusammenkünfte stattfanden. Der Schnellrichter verurteilte Kramer zu vier Monaten Gefängnis. Strafausschub wurde abgelehnt.

12. W. Menningen (N. Melsring), 12. Aug. Gestern abend erlag der frühere Knecht des Landwirts H. Suckle, Karl Eilfinger, seinen ehemaligen Dienstherrn. Eilfinger war entlassen worden, weil ihn sein Dienstherr im Verdacht hatte, vor einiger Zeit den Brand seines Anwesens verursacht zu haben. Der Mörder flüchtete, konnte aber sofort gefaßt werden. Er wurde in das Gefängnis nach Stodach verbracht. Der Getötete war 39 Jahre alt und Vater von zwei unterfertigten Kindern.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	12. August		11. August	
	Weib	Deis	Weib	Deis
Amsterdam 100 G.	169.73	170.04	169.73	170.07
Rapenlagen 100 Kr.	77.92	78.08	78.22	78.38
Italien . . . 100 L.	21.51	21.55	21.52	21.56
London . . . 1 Pf.	14.62	14.66	14.68	14.72
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.93	82.08	81.98	82.14
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

Die feste Haltung der Börsen, die sich nach den Reichstagswahlen mit kurzen Unterbrechungen zeigte und auch im ersten Teil der Berichtswoche geltend machte, hatte ihren Ausgangspunkt hauptsächlich von der Beurteilung genommen, der die deutschen Werte an den ausländischen Börsen begegneten. Ganz befestigt war die Börse allerdings nicht, denn es bedurfte oft nur eines geringfügigen Anlasses, um Schwankungen hervorzuwerfen. Auch die Tatsache, daß die Spekulation, die sich eine Zeitlang etwas nach oben engagiert hatte, zu Realisationen neigte, verurteilte vorübergehend eine Abmächigung. Diese Abmächigung wurde in der zweiten Hälfte der Berichtswoche zum Dauerzustand, denn nunmehr geriet die Börse vollständig in das Schlepptau der Innenpolitik. Wegen dieser innerpolitischen Verhältnisse, besonders wegen der Frage der Umbildung des Reichskabinetts, machte sich eine starke Zurückhaltung bemerkbar und dieser Zustand dürfte auch fernherin anhalten, bis nicht nur die politische Entscheidung getroffen, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem die für den Rentenmarkt besonders wichtige Zinsfrage gelöst ist. Die Geschäftstätigkeit an der Börse hielt sich fast durchweg in engen Grenzen.

Am Geldmarkt hat die Erleichterung infolge weiterer Rückflüsse rasche Fortschritte gemacht. Tägliches Geld gab bis 5% nach, worauf die Nachfrage nach Privatdiskonten (4%) und Reichsschatzwechseln zunahm. Auch bei den Sparkassen ist eine Besserung der Lage eingetreten. Der letzte Reichsbankausweis hat eine kräftige Entlastung der Reichsbank gezeigt, indem ziemlich viel Rohbestand an Bargeld und in Anspruch genommene Kredite an die Rassen zurückgefloßen sind. Am Devisenmarkt ist eine allmähliche Erholung für das Pfund eingetreten.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.) vom 10. August 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 10. August für eine Unze Feingold 118 sh 2 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein engl. Pfund vom 10. August mit 14,87 M., umgerechnet 88,6753 M., für ein Gramm Feingold demnach 45,5897 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,7867 M.

Pfund-Stabilisierung notwendig. Der von der britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa eingeleitete Untersuchungsausschuß für Währungsfragen hat seinen Bericht fertiggestellt. In ihm wird betont, daß eine Stabilisierung des Pfundes und der dem Pfund angeschlossenen Währungen notwendig sei. Ferner wird eine Preissteigerung sämtlicher Rohstoffe als erforderlich bezeichnet. Es wird empfohlen, zunächst die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz abzuwarten, ehe weitere Schritte zur Schaffung einer Empire-Währung getroffen werden. Den Dominions wird nahegelegt, in Währungsfragen dem Beispiel Englands zu folgen.

Staatsanzeiger

Loßbriefvertrieb. Dem Reichsverband Deutscher Kunstschüler in München wurde die Erlaubnis zum Loßbriefvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. August 1932. Der Minister des Innern.

Lotterie. Dem Münsterbauverein in Freiburg wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie erteilt. Karlsruhe, den 4. August 1932. Der Minister des Innern.

Sammlungen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der Stiftung „Hindenburgspende“, Geschäftsstelle Berlin NW 40, Schornhorststraße 35, zum Zweck der Stärkung der Mittel der „Hindenburgspende“ in jeder Hinsicht widerruflicher Weise für das Land Baden die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sammlung sowie zum Vertrieb des anlässlich des 85. Geburtstags des Herrn Reichspräsidenten bei der Verlagsanstalt Otto Stollberg G. m. b. H. in Berlin herauszugebenden Werkes „Paul von Hindenburg als Reichs-, Staatsmann und Feldherr“ nach näherer Maßgabe der Beschlüsse des Finanzausschusses der „Hindenburgspende“ erteilt. Diese Genehmigung gilt bis 31. März 1933. Karlsruhe, den 5. August 1932. Der Minister des Innern: J. A. Arnsperger.

Bekanntmachung. Staatsprüfung für Maschineningenieure 1932. Die Regierungsbauführer Fritz Gittinger aus Karlsruhe, Johann Lohrer aus Iffesheim, Eugen Rohr aus Mannheim und Hermann Schumann aus Dickenhofen haben die dreijährige Staatsprüfung für Maschineningenieure bestanden und sind zu Regierungsbauameistern ernannt worden. Karlsruhe, den 5. August 1932. Der Finanzminister: Im Auftrag: Dr. M. h. e.

Auf die in Baden zugelassenen **Volkswahlbundes-Lose** Ziehung 29. u. 30. Juli 1932, entfielen folgende Gewinne: Gew. à 50 M.: 15 708, 16 558. Gew. à 5 M.: 8193, 8356, 8398, 16 826, 56 058. Gew. à 2 M.: 76, 269, 322, 595, 753, 847, 1145, 1314, 1373, 1663, 1760, 1770, 7022, 7099, 7120, 7175, 7227, 7485, 7531, 7614, 7772, 8005, 8083, 8084, 8189, 8240, 8337, 8413, 8453, 8548, 8682, 8966, 15 749, 15 994, 16 059, 16 153, 16 193, 16 204, 16 317, 16 435, 16 966, 37 022, 37 099, 37 120, 37 175, 37 227, 37 486, 37 531, 37 614, 37 772, 38 005, 38 083, 38 084, 38 169, 38 240, 38 337, 38 413, 38 453, 38 548, 38 682, 38 966, 56 059, 56 153, 56 193, 56 204, 56 317, 56 435, 56 966, 57 022, 57 099, 57 120, 57 175, 57 227, 57 485, 57 531, 57 614, 57 772. Gew. à 1 M.: 457, 7080, 8868, 15 677, 16 021, 37 820, 57 070, 57 653, 57 803. Ferner gewinnen in jedem Tausend folgende Gewinne je 1 M.: 006, 010, 012, 019, 023, 031, 045, 050, 059, 091, 095, 109, 114, 144, 145, 163, 219, 221, 263, 280, 310, 356, 391, 404, 460, 471, 516, 517, 581, 589, 592, 594, 596, 627, 649, 678, 683, 702, 737, 877, 889, 893, 962, 980, 998. Einlösestelle für Baden: 3.995 J. Stürmer, Lotterieunternehmer, Mannheim O 7. 11.

Cellmuth, E. Hindemann, Schönthal, E. Rivinius Anfang 20 Ende geg. 23 Preise 1-3 RM.

Badisches Landestheater
Sommer-Operette
im Städt. Konzerthaus
Samstag, 13. August 1932
Die Fledermaus
Operette von Joh. Strauß
Dirigent: Hilger
Regie: Reifner
Mitwirkende:
Loritz, Bauer, Pierment, Kiefer, Böfer, Schwarz, Kräfer, Schnitz, Hofer, A. 10.